

Streitfall Kindergartenausbau

Kirchenverwaltung will Anteil verringern – Maßnahme droht sich erneut zu verzögern

Atting. (mb) Der seit mehr als drei Jahren geplante Kindergarten- ausbau droht sich weiter zu verzögern. Grund ist die Weigerung der Kirchenverwaltung, den aufgrund der aktuellen Kostenschätzung vertraglich errechneten Anteil von 106 000 Euro zu übernehmen. Nun liegt ein neuer Vorschlag auf dem Tisch, über den die Kirchenverwaltung am Dienstag, 18. Oktober, abstimmen wird.

Noch keine Sitzung in der bisherigen Legislaturperiode des Gemeinderats war derart intensiv geführt. „Ich empfinde es als Erpressung“, sagte Bürgermeister Robert Ruber. Gemeinderat Johann Liebl sagte: „Wir werden hier seit zwei Jahren vorgeführt.“ Der Grund: Vor wenigen Wochen hatten Kirchenpfleger Helmut Hilmer und der erst seit Anfang September amtierende Pfarrer Alfons Leibl erörtert, dass die Kirchenverwaltung die Bau- maßnahme unter den vertraglich vereinbarten Voraussetzungen nicht durchführen könne und wolle.

Aufgrund der aktuellen Preissteigerungen war Mitte des Jahres errechnet worden, dass der Ausbau mit 885 000 Euro deutlich teurer wird. Damit steigt der Anteil der Kirchenverwaltung (abzüglich Zuschuss der Diözese), in deren Trägerschaft und auf deren Grundstück der Kindergarten liegt, auf 106 000 Euro. Alle Parteien hatten sich nach langem und zähem Verhandeln im Juli auf einen Schlüssel zur Kostenaufteilung geeinigt und diesen auch vertraglich fixiert.

Im Schreiben vom 21. September führt die Kirchenverwaltung nun aber auf, dass in den kommenden Jahren Kosten für die Erneuerung der veralteten Heizungsanlage des Pfarrhauses, die Sanierung der Orgel mit Innensanierung der Pfarrkirche und die Sanierungen der Kirchhofmauern in Atting, Rinkam und Wiesendorf sowie der Weiherkapelle in Rain auf sie zukämen. Diese seien dringend und kostenintensiv. Dennoch wolle die Kirchenverwaltung den Ausbau nicht verzögern. Der auf sie entfallene Anteil beträgt gemäß Schätzung 106 000 Euro. Davon wolle man nur ein Drittel, aber maximal 35 000 Euro, übernehmen. Sonst scheitere das Projekt. Später wurden während



Das Thema Kindergarten hat in der Gemeinderatsitzung hohe Wellen geschlagen.

Foto: Michael Bauer

der Sitzung 50 000 Euro angeboten. Die Gemeinde trägt inklusive dem Anteil der Regierung 652 000 Euro. „Ich bin maßlos enttäuscht, dass kurz vor der Ausschreibung nun der Rückzieher der Kirchenverwaltung kommt“, sagte Ruber. Denn vielleicht könne man ansonsten im Januar endlich mit dem Bau starten. Im April 2019 hatten bereits die Planungen begonnen.

Die Elternbeiratsvorsitzende Elisabeth Bachmann hielt ein emotionales Plädoyer in Richtung Gemeinderat. Hintergrund: Bereits im Juli bat das Personal des Kindergartens in einem Brief darum, den Ausbau endlich zu starten, weil für die Kinder zu wenig Platz sei. „Das war ein Hilferuf des Personals“, sagte sie.

Verhärtete Fronten

Gemeinderat Christian Kammermeier, der auch Mitglied der Kirchenverwaltung ist, berichtete nicht nur von seiner persönlichen Zwickmühle, sondern auch von einer „intensiven“ Auseinandersetzung mit dem Thema Kosten in der Kirchenverwaltung. „Die Fronten sind verhärtet, das ist nicht gut für die Gemeinde. Es gibt leider einige Personen, die den Ernst der Lage nicht sehen. Wir müssen aber im Sinne unserer Eltern und Kinder mit dem Bau beginnen.“ Sturheit sei aber

keine Lösung, sagte 2. Bürgermeister Manfred Schambeck. „Wir brauchen eine zielorientierte Lösung.“ Ruber erinnerte daran, dass alle anderen Möglichkeiten – vom Neubau bis zum Kauf des Kindergartens – viel zu viel Zeit in Anspruch nähmen. Es bleibe nur der Ausbau. „Wir müssen froh sein, dass unsere Eltern so geduldig sind. Unser Personal, und es ist nicht das der Gemeinde, sondern der Kirche, leistet hervorragende Arbeit. Ich weiß nicht, ob in der Kirchenverwaltung diese gute Arbeit gesehen wird.“

Um das Projekt noch im aktuell geplanten Zeitrahmen bis zum Start des Kindergartenjahrs 2023 durchzuführen, möchte die Gemeinde der Kirchenverwaltung nun entgegenkommen: Nach Abzug aller Zuwendungen von Regierung, Gemeinde und Diözese würde dann der Betrag, der bei der Kirchenverwaltung verbleibt zu zwei Drittel von der Gemeinde und zu einem Drittel von der Kirchenverwaltung getragen werden. Eine Deckelung werde aber in keinem Fall akzeptiert. Gleichzeitig sollen die Kosten aber minimiert werden. Ruber sagte: „Wir machen dies nicht, weil wir der Kirchenverwaltung sparen helfen wollen, sondern weil uns die Kinder, die Eltern und das Personal am Herzen liegen.“

Auf Nachfrage bezeichnete Pfar-

rer Leibl das Angebot der Gemeinde als „vernünftigen Kompromiss“, den es im Sinne der Kinder, Eltern und des Personals baldmöglichst gemeinsam umzusetzen gelte. Am 18. Oktober stimmt die Kirchenverwaltung nun darüber ab. Aus Termingründen sei das vorher nicht möglich. Auch für ihn sei die aktuelle Situation nicht leicht. „Ich bin erst seit September im Amt, ich habe das Ganze quasi ererbt.“

Enorme Preissteigerung

Dass die Kirchenverwaltung die Gemeinde vorführe, verneinte er: „Das ist nicht der Fall. Es ist eine primäre kommunale Aufgabe, für Kindergartenplätze zu sorgen.“ Er wies noch einmal auf die Kosten hin. Die enorme Preissteigerung sei der Grund für den Rückzieher: „106 000 Euro können wir uns nicht leisten. Es ist notwendig, dass sich alle an den Mehrkosten beteiligen, nicht nur die Kirchenverwaltung. Wir müssen deshalb Unterstützung einfordern. Als Pfarrer ist es mir wichtig, dass durch unseren Beitrag von einem Drittel der baulichen Mehrkosten zu einer kommunalen Aufgabe die qualitativ hochwertige pädagogische Arbeit in unserem Kindergarten zum Wohle unserer Kinder und Familien nicht behindert, sondern gefördert wird.“